

Michael Dreyer und Oliver Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Duncker & Humblot, Berlin 1993, 272 S.

Der Erste Weltkrieg ist schon längere Zeit nicht mehr bevorzugtes Thema in der internationalen Geschichtswissenschaft. Dabei hätte es gerade in den letzten Jahren nahegelegen, über diesen Krieg, der mit seinen Fernwirkungen das Jahrhundert wie vielleicht kein anderes historisches Ereignis beeinflusste, nachzudenken, bevor das Jahrhundert ganz ausklingt. Die in der Publikation wieder aufgegriffene Kriegsschulddebatte scheint freilich nicht ein Thema von epochaler Bedeutung zu sein und auch nicht viel Neues zutage zu fördern; denn daß der sanfte Umgang der »Revolutionäre« (gemeint sind offensichtlich maßgebliche SPD-Politiker) mit den alten Eliten in Politik, Wirtschaft und Militär 1918/19 fatale Wirkungen für die Republik hatte (S. 224), ist wahrhaftig keine neue Erkenntnis. Allerdings deuten neuere Tendenzen auf eine Rücknahme von seit dem Streit um Fritz Fischers Thesen in den sechziger Jahren gewonnenen Erkenntnissen hin.¹ Daher könnte diese durch die Ausschöpfung archivalischer, gedruckter und Quellen der veröffentlichten Meinung aus Krieg und Nachkriegszeit gut fundierte Studie einem Trend zur Verharmlosung deutscher Kriegsschuld entgegenwirken.

Dreyers und Lembckes Arbeit, die fast zufällig entstanden ist, fördert auch eine Reihe von bisher wenig oder nicht bekannten bzw. diskutier-

ten Details zutage, die nicht vergessen werden sollten. Im Zusammenhang mit der Person Kurt Eisners und mit der Diskussion der Weimarer Verfassung in der Nationalversammlung ist bereits häufig, dabei teils sehr kritisch, auf die Radikalität der MSPD im Umgang mit der Kriegsschuldfrage hingewiesen worden. Bisher wurde aber noch nicht so deutlich und glaubhaft hervorgehoben, daß außer den Unabhängigen alle anderen Parteien in der Kriegsschulddebatte versagten (S. 171), auch die USPD in „geistiger 'Einheitsfront'“ der Ablehnung des Versailler Vertrages gestanden habe. Das belastete durch die damit faktische Rehabilitierung der alten Eliten nicht nur innenpolitisch die junge Republik, das war auch für die Außenpolitik kontraproduktiv. Hans Mommsen und andere haben darauf verwiesen, daß Deutschland mit dem Versailler Vertrag durchaus ganz gut zurechtkommen konnte. Nach Auffassung der Verf. war aber auch das ganze Bemühen 1918/19 mit „Beweisen“ die Deutschen von der Kriegsschuld zu entlasten, sinnlos, weil die Sieger ganz andere Interessen hatten (S. 228) und diese auf jeden Fall durchsetzen wollten. Erst die deutsche Verbissenheit in der Kriegsschuldfrage führte dann zum vielzitierten Schuldartikel 231, der – so die Autoren – weniger moralisierend als vielmehr zur juristischen Fundierung der Reparationsforderungen konstruiert worden ist.

Daß es auch immer Schuld eingeständnisse außerhalb der Arbeiterbewegung, sozusagen gegen den Strom, gegeben hat, war bekannt. Die

Verf. kennen offensichtlich nicht DDR-Publikationen zur Friedensbewegung, zum „Bund Neues Vaterland“ im Weltkrieg, wo dies recht ausführlich thematisiert und analysiert worden ist. Weniger bekannt und verdientvoll in der Erwähnung sind aber die Aktivitäten des ehemaligen Krupp-Direktors Wilhelm Muehlton und des Grafen Montgelas, die wegen ihrer Überzeugungen in die Schweiz emigrierten. Hervorgehoben zu werden verdient auch das vorsichtig abwägende Urteil, daß die öffentliche Erregtheit um den Versailler Vertrag 1919 kaum der „Volksmeinung“ entsprochen habe, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich den alltäglichen Sorgen zugewandt hatte, was nur wenigen Politikern bewußt war (S. 158ff.).

Werner Bramke

- 1 Eine ziemlich Relativierung deutscher Kriegsschuld ist zu erkennen im Sammelband *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, hrsg. von W. Michalka, München-Zürich 1994.

Leonore Siegele-Wenschkewitz/Carsten Nicolaisen (Hrsg.), **Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993, 429 S. (*Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte: Reihe B, Darstellungen; Bd. 18*).

Die Wissenschaftsgeschichte in der NS-Zeit ist, wie die Herausgeberin in ihrer dem Aufsatzteil des Sammelbandes vorangestellten Problemanzeige betont, ein Kapitel, das „offenkundiger Unterlassungen, Blockaden und Verdrängungen“ (S. 7) unterliegt. Nicht anders trifft diese Einschätzung auf die Geschichte der Evangelischen Theologie zu. Mit der vorliegenden Publikation soll ein Anfang gemacht sein, die dieser Diagnose entsprechende Situation zu überwinden. Voraus ging ein von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte veranstaltetes Symposium „Zur Geschichte der evangelisch-theologischen Fakultäten in der Zeit des Nationalsozialismus“ in Arnoldshain – mit einigen Ausnahmen sind die dort gehaltenen Referate in der vorliegenden Veröffentlichung wiedergegeben. Konzeptionell sollte es darauf ankommen, die für Gestalt und Selbstverständnis der neueren Theologie so entscheidende historisch-kritische Methode „für die eigene Geschichte fruchtbar zu machen hinsichtlich eines Zeitabschnitts, der bisher eher im Schatten ihres [der wissenschaftlichen Theologie] Bewußtseins liegt.“ (S. 7) Inhaltlich-methodisch ging es um die Verschränkung der Fragen nach dem Wissenschaftsverständnis innerhalb der